

fassungsgericht die junge Republik zu stabilisieren sucht, indem es den unerfahrenen Provinzregierungen Kompetenzen entzieht und diese der Zentralregierung zuweist. *Hazell* zeigt, dass es den politischen Akteuren im Westminster-System schwer fällt, föderale Konflikte vor Gerichten rechtsförmig auszutragen. Dem Privy Council wird so gar nicht erst die Gelegenheit gegeben, auf die *devolution* Einfluss zu nehmen.

Der Rest der Beiträge kann mehr oder weniger der nomokratisch-dogmatischen Perspektive zugeordnet werden, so u. a. *Miguel A. Cabellos Espiérrez* zu Spanien, *Jutta Kramer* zum Bundesverfassungsgericht oder *Anna Gamper* zum Österreichischen Verfassungsgerichtshof. Diese Texte leisten einen soliden Beitrag zur dogmatischen Einordnung von Verfassungsrechtsprechung in die jeweiligen nationalstaatlichen Rechtssystematiken. Eine befriedigende Antwort auf den Beitrag der Rechtsprechung zum Föderalismus können sie jedoch aus politikwissenschaftlicher und soziologischer Sicht nur eingeschränkt geben.

Der Band wird schließlich mit einem etwas irritierenden Beitrag von *Thomas Fleiner* abgeschlossen. Er vergleicht die Rechtstraditionen von *common law* und *civil* (oder *continental*) *law* und berichtet über deren unterschiedliche Auswirkungen auf die politische Kultur, das öffentliche Recht, die juristische Ausbildung und die Globalisierung. Ein thematischer Bezug zur Fragestellung des Bandes lässt sich hier nur schwer konstruieren, auch wenn sich *Hans-Peter Schneider* in der Einleitung alle Mühe gegeben hat, einen solchen herzustellen.

Insgesamt hinterlässt der Band einen zwiespältigen Eindruck. Er oszilliert zwischen aufschlussreichen und informativen Beiträgen und solchen, die nicht ganz verleugnen können, dass sie einem gemütlichen Wissenschaftstourismus an die Ufer italienischer Seen entspringen.

Europäische Union

Haller, Max. *Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?* Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009. 545 Seiten. €34,90.

Martin Höpner

Der Grazer Soziologe *Max Haller* nimmt die Ergebnisse der französischen, niederländischen und irischen Referenden zum Verfassungsvertrag und zum Vertrag von Lissabon zum Ausgangspunkt einer elitentheoretischen Kritik am europäischen Integrationsprozess. Dazu zieht er eine reichhaltige empirische Datenbasis heran, die von qualitativen Interviews auf nationaler und europäischer Ebene über biografische Daten und zum Teil eigens erhobene international vergleichende Umfragedaten bis hin zu historischen Dokumenten und Reden reicht, um nur einige zu nennen. Die Quintessenz seiner Argumentation lautet: Die europäische Integration nützt vor allem einer in Entstehung begriffenen Eurokratie und wird mit zweifelhaften Integrationsmythen verklärt, um das weitere Wachstum der Eurokratie zu legitimieren.

Die Argumentation lässt sich wie folgt zusammenfassen. Seit langem schon bestehe eine ausgeprägte Kluft zwischen den Integrationspräferenzen der Bevölkerungen und der

Eliten. Während die Eliten von der europäischen Integration systematisch profitiert hätten, zögen die Bevölkerungen keinen vergleichbaren Nutzen aus ihr. Das gelte v. a. für die politischen Eliten, für die die europäischen Institutionen einen großen, lukrativen, privilegierten und wachsenden Arbeitsmarkt darstellen. Die „Abschiebung“ nach Brüssel sei für politische Parteien eine willkommene Möglichkeit, ausgedienten Politikern einen akzeptablen Abgang zu verschaffen. Das Wachstum der Eurokratie, so *Haller*, verlaufe rasant, linear und ungebremst, und das Einkommen der Eurokraten übersteige jenes der nationalen Bürokraten mittlerweile signifikant. Der Umfang der EU-Bürokratie werde mitunter unterschätzt, weil auch auf nationaler Ebene „Stellvertreterbürokratien“ im Entstehen begriffen seien, die letztlich der EU-Bürokratie zugerechnet werden müssten. Die EU-Bürokratie sei durch Abschottung und eine spezifische Resozialisierung ihrer Mitglieder gekennzeichnet; es entwickle sich ein eigenes Bewusstsein, ein spezifischer Lebensstil und über Partei- und Ländergrenzen hinweg geteilte Interessen an weiterer Ausdehnung der Eurokratie.

Sowohl die sozialen als auch die wirtschaftlichen Erfolge der europäischen Integration sind nach *Haller* bei Licht besehen bescheiden – und werden von den Bevölkerungen realistischer eingeschätzt, als es in den Integrationsmythen der Eliten zum Ausdruck kommt. Zu letzteren zähle etwa die Behauptung, die fortschreitende Vertiefung der Integration sei zum Erhalt des Friedens in Europa notwendig. Nicht die europäische Integration sei für die Abwesenheit von Kriegen in Europa verantwortlich, sondern die Demokratisierung, zu der die Integration ihrerseits nichts Nennenswertes beigetragen habe. Die EU, so folgert der Autor im abschließenden Kapitel, solle sich auf den Charakter einer sozialen Rechtsgemeinschaft beschränken, sich aus der materiellen Politikproduktion aber heraushalten.

Haller hat ein faszinierendes, streitbares und unbequemes Buch vorgelegt. Gewiss, nicht jeder der zahlreichen Schlenker und Exkurse wäre notwendig gewesen, um die elitentheoretische Perspektive und die aus ihr abgeleitete Kritik zu entwickeln. Insbesondere *Hallers* Vorschläge für institutionelle Reformen und wünschenswerte Verhaltensweisen nationaler und europäischer Akteure (Kap. 8) ergeben sich nicht unbedingt aus der Analyse und hätten weggelassen werden können. Das ändert aber nichts an der Schärfe und Klarheit der Argumentation – was kritische Einwände nicht ausschließt.

Sechs seien beispielhaft genannt. (1) Anders als vom Autor nahegelegt, liefert die Unterschiedlichkeit der Integrationspräferenzen von Eliten und Bevölkerungen keine hinreichende Erklärung für die Asymmetrie von marktschaffender und marktgestaltender Integration. Diese Asymmetrie hat andere, nämlich strukturelle – politökonomische – Ursachen. (2) Bei *Haller* erscheinen Gewerkschaften als (auf europäischer Ebene unterrepräsentierte) Verlierer der Integration (79, 191). Für sie gilt aber im Prinzip dasselbe wie für den Rest der Gesellschaft: Für einfache Mitglieder hat die europäische Integration eine andere Brisanz als für Funktionäre der Verbände, für die ein willkommener neuer Arbeitsmarkt entsteht. (3) Der Autor legt nahe, dass die EU zuvorderst ein Verhandlungssystem unter Kontrolle der Mitgliedstaaten ist (126, 158, 441), was aber angesichts der „Integration durch Recht“, deren Auswüchse er kritisiert, zweifelhaft erscheint. Delegation und Usurpation von Kompetenzen müssen gleichermaßen im Auge behalten werden. (4) In der Wirtschaftsintegration „auch Elemente eines neuen Korporatismus auf großer Stufenleiter“ (219) angelegt zu sehen, scheint im Widerspruch zu den empirischen Befunden aus Kap. 4 zu stehen, es sei denn, man legt eine weitgehend anspruchslose

Korporatismusdefinition zugrunde. (5) Die quantitative Analyse der Häufigkeit von Wortnennungen in den Verträgen (Kap. 7) vermag nicht durchweg zu überzeugen, kommen beim sozialen Defizit der europäischen Integration doch gerade jene politökonomischen Ursachen zum Tragen, die auch durch eine häufigere Nennung des Sozialen in den Verträgen nicht beseitigt würden. (6) Was hilft die vom Autor geforderte explizite Verankerung sozialer Grundrechte auf Vertragsebene (Kap. 8) angesichts eines EuGH, der sich auf eine Interpretation festgelegt hat, der zufolge die Ausübung solcher Grundrechte selbst in den Kernbereichen mitgliedstaatlicher Souveränität nur unter Beachtung der Binnenmarktregeln erfolgen darf?

Keine Frage, an *Hallers* Buch kann und muss man sich reiben. Wie auch immer man zu seiner Kritik steht: Der Band leistet eine willkommene Schärfung einer soziologisch-elitentheoretischen Perspektive auf die europäische Integration, die konkurrierende (v. a. politökonomische) Perspektiven nicht ersetzen, wohl aber sinnvoll ergänzen kann.

Puetter, Uwe. *Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU*. Wien. facultas.wuv 2009, 269 Seiten. €18,90.

Henning Deters

Uwe Puetters Buch ist als dritter Band der Reihe „Europa Kompakt“ des Wiener Verlags facultas.wuv erschienen, die nach eigener Darstellung einen fundierten Überblick über Geschichte, Institutionen und Politikprozesse der europäischen Integration anbieten will. Dieser Zielsetzung wird das Buch durchaus gerecht, das in acht Kapiteln die Vorgeschichte und die zentralen Inhalte der titelgebenden Politikfelder, ihre wichtigsten Akteure sowie die dort vorherrschenden Verfahren und Steuerungsinstrumente beschreibt. Es füllt damit eine Lücke in der deutschsprachigen monografischen Literatur, die in erster Linie aus spezialisierten Fallstudien einzelner Policies oder Instrumente besteht oder sich dem Einfluss der europäischen Integration auf die nationalen Wohlfahrtsstaaten widmet. Mit *Puetters* Einführung liegt nun erstmals auch ein deutschsprachiges Einführungswerk vor, das sich gezielt an (angehende) Politikwissenschaftler/innen richtet.

Entsprechend der Konzeption als Lehrbuch schließen die einzelnen Kapitel jeweils mit einer kleinen Auswahl an weiterführender Literatur; ein Glossar am Ende des Buches informiert über Fachbegriffe. Nach einer knappen Einleitung informiert das zweite Kapitel über die Bedeutung der wirtschafts- und sozialpolitischen Komponenten der europäischen Integration. Beide seien für einen funktionierenden Binnenmarkt grundlegend. Während erstere in Gestalt der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) Transaktionskosten für europäische Unternehmen verringere, helfe letztere Wettbewerbsverzerrungen, kompetitive Deregulierung und durch verschärften Wettbewerb bedingte soziale Härten zu vermeiden. Zugleich legt *Puetter* Wert auf die Feststellung, dass beide Komponenten eng miteinander verschränkt seien, unter anderem weil die WWU auf nationaler Ebene sozialpolitische Spielräume eingeschränkt habe, für die nun auf europäischer Ebene vermehrt nach Ersatz gesucht werde. Das dritte Kapitel bietet einen historischen Abriss der lange erratisch verlaufenen Entwicklung der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Trotz gelegentlicher Hinweise auf mögliche Spillover-Dynamiken (etwa beim Übergang vom